

Wahlkampf mit historischem Ballast

Ein Frosch, eine Dornenkrone und ein „Faschistentempel“ bestimmen die Zeit vor der Landtagswahl in Südtirol. Die SVP könnte ihre absolute Mehrheit verlieren. Davon profitieren Rechtsnationale, für die besonders jüngere Wähler stimmen wollen.

Von Reinhard Olt

INNSBRUCK, im Oktober. In der Südtiroler Volkspartei macht sich Verzagtigkeit breit. Zum ersten Mal muss die zwischen Brenner und Salurner Klause, zwischen Reschenpass und Dolomiten dominante, seit 1948 in Bozen stets mit absoluter Mehrheit regierende SVP um ihre komfortable Majorität bangen. Am Sonntag in einer Woche wird ein neuer Landtag für die Autonome Provinz Bozen-Südtirol gewählt, und Umfragen sehen die SVP unter 50 Prozent. Als die Partei in der Wahl zum italienischen Parlament im April auf ein historisches Tief gestürzt war, gab sich die Parteiführung noch der Hoffnung hin, bis zur Landtagswahl am 26. Oktober werde sich diese Scharte ausweiten lassen. Denn die Wähler hätten noch immer zwischen Rom und Bozen zu gewichten gewusst und dabei stets die SVP als Sammelpartei der Südtiroler deutscher und ladinischer Zunge die nötige Stärke verschafft.



„Faschistentempel“: Das Bozener Siegesdenkmal von 1928

Foto dpa

Doch die Ergebnisse der Landtagswahlen im österreichischen Bundesland Tirol, wo die Schwesterpartei ÖVP, und in Bayern, wo sogar die aufs engste verbündete CSU ihre traditionelle absolute Mehrheit verlor, versetzte der Zuversicht im SVP-Hauptquartier zu Bozen Ende September einen schweren Schlag. Und im Ausgang der mit der Bayern-Wahl taggleichen österreichischen Nationalratswahl wollen Demoskopen auch für Südtirol den Trend im Wählerverhalten vorgezeichnet sehen: weg von der SVP, hin zu den Oppositionsparteien. Auch in Südtirol macht das Wort von der „Denkzettwahl“ die Runde.

Von dieser Entwicklung profitieren allen voran die rechts der Mitte angesiedelten Freiheitlichen und die konkurrierende Liste Süd-Tiroler Freiheit, weniger wohl die Union für Südtirol, von der sich die Süd-Tiroler Freiheit abspaltete. Besonders die Freiheitlichen stehen bei Jungwählern hoch im Kurs. Wie in Österreich ist auch in Südtirol deren Mehrheit für die Rechtsparteien „deutscher“ wie italienischer Provenienz – und nicht für die eher links angesiedelten „interethnischen“ Grünen. Unter den Wählern zwischen 30 und 40 sieht es kaum anders aus.

Mit dem programmatischen Attribut der Interethnizität haben sich die Grünen unter anderem deswegen versehen, weil

sie Kandidaten aus den drei Volksgruppen des 1918 von Italien annektierten Teils Tirols – Deutsche, Ladin, Italiener – auf ihren Wahllisten haben. Dabei ist das Experiment der Grünen, die eine Verschränkung mit den sogenannten Bürgerlisten suchten, gar nicht geglückt. Ein Teil kandidiert auf der „traditionellen“ Grünen-Liste, andere treten selbständig als „Bürgerbewegung“ an.

Für das Sammelsurium italienischer Parteien in Südtirol prognostizieren die Demoskopen einen ähnlichen Trend wie für die SVP: weg von den autonomiefreundlichen Mitte-Parteien, hin zu den rechtsnationalen sowie Splittergruppen, die sich offen auf das Erbe des Duce Mussolini berufen und zur Nachfolge des MSI, der neofaschistischen Nachkriegspartei, bekennen. Dabei marschieren die Mitte getrennt, während sich Forza Italia (FI) und Alleanza Nazionale (AN), die immerfort die angebliche Benachteiligung der Italiener in der „Provincia Bolzano“ beschwören, auf der gemeinsamen Plattform „Il Popolo della Libertà“ präsentieren. Das Abschneiden just dieser Listen ist indes für die Regierungsbildung nach der Wahl nicht unwesentlich. Denn laut Autonomiestatut steht jeder Volksgruppe gemäß ihrer Stärke eine entsprechende Vertretung in der Landesregierung zu. Sind Grüne oder Mitte-Parteien dafür zu schwach, könnte die SVP gezwungen sein, mit Kandidaten der italienischen Rechtsparteien zusammenarbeiten zu müssen. Dies gilt umso mehr, wenn sie die absolute Mehrheit tatsächlich verfehlen sollte und sogar

Durnwalder diesmal wettmachen kann, was an negativen Schlagzeilen über die SVP hereinbrach? Trotz des mit Abstand besten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialstandards in ganz Italien? Offenbar nehmen das die knapp fünfhunderttausend Bewohner des ökonomisch, touristisch und kulturell gesegneten Landstrichs – zwei Drittel Südtiroler und Ladin, ein Drittel Italiener und „Gemischte“ – als gegeben hin, machen davon nicht viel Aufhebens und registrieren andere bewusstseinsbestimmende Faktoren. Beispielsweise die über Wochen hin Gemüter bewegende Auseinandersetzung über den „Frosch am Kreuz“ des verstorbenen Künstlers Martin Kippenberger, der vier Monate lang im „Museum“ hing, dem Museum für moderne und zeitgenössische Kunst der Landeshauptstadt.

Der langjährige SVP-Landtagsabgeordnete Pahl war darob aus Protest in Hungerstreik getreten und hatte schließlich auf eine Wiederwahlkandidatur verzichtet. Das Gezerre um Zusammenstellung und Kandidatenplatzierung auf der SVP-Landesliste, bei der Bezirke und Talschaften, Bünde und Geschlechterbalance berücksichtigt sein wollen, aber nie wirklich zufriedenstellend austariert werden können, tat ein Übriges und erzeugte Unmut. Sodann die handfesten Streitereien unter Traditionsverbänden. Deren gewichtigste, die Schützen, verhalten sich alles andere als politisch neutral.

So gibt es erbitterten Streit darüber, ob im „Andreas-Hofer-Gedenkjahr 2009“ – vor zweihundert Jahren war der Tiroler Volksheld, der die Fronde wider französische Okkupatoren und bajuwarische Nutznießer anführte, in Mantua füsiliert worden – bei der Landesgedenkefeier in Innsbruck die „Dornenkrone“ als Symbol der Zerrissenheit des Landes im Festzug mitgeführt werden soll, was die beiden Landeshauptleute Durnwalder und Platter ablehnen. Und immer wieder meldet sich die „Arbeitsgruppe für Selbstbestimmung“ zu Wort, in der Vertreter der einstigen Freiheitskämpfer, anderer Südtirol-Aktivist, der Freiheitlichen, der Südtiroler Freiheit und der Schützen aktiv sind.

Immer wieder, so auch jetzt vor der Wahl, spielt historischer Ballast, für den der SVP das Sensorium abhandengekommen zu sein scheint, eine nicht zu unterschätzende Rolle. So auch das marmorne Monument des Lug-und-Trug-Zwangs „ewiger Italianität“, das „Siegesdenkmal“ in Bozen. Pünktlich zur Landtagswahl landete der „Faschistentempel“, wie es die meisten Südtiroler nennen, wieder in den Schlagzeilen. Der Grund: Das Denkmalamt in Venedig kündigte an, dass die Restaurierungsarbeiten fortgesetzt würden: „Es werden Arbeiten an der Krypta, den unterirdischen Fresken, den Stiegen und an den Außenwänden durchgeführt“, gab der Architekt Ugo Soragni bekannt. Veranschlagt wurden für das dritte Baualos zwei Millionen Euro. Das erste Baualos umfasste die Sanierung der Pflastersteine und einen Teil der Außentreppe. Auch am eigentlichen Denkmal wurden verschiedene Eingriffe vorgenommen.

Das „Unrechtsdenkmal“ hat stets die Gemüter bewegt. Das liegt auch an der geschichtsfälschenden Aufschrift „Hic patriae fines siste signa. Hinc ceteros excolimus lingua legibus artibus“ – frei übersetzt: Hier an den Grenzen des Vaterlandes künde dies Zeichen. Von hier aus brachten wir den anderen Sprache, Gesetze und Künste. Am 12. Juli 1928 war das Denkmal seiner Bestimmung übergeben worden. 1926, zur Grundsteinlegung, die für viele Südtiroler eine Provokation darstellte, weil Mussolini dafür den an dieser Stelle 1917 errichteten Bau des Kaiserjägerdenkmals sprengen ließ, reisten unter anderem König Viktor Emanuel III. und Celestino Endrici, der Erzbischof von Trient, an. Der Erzbischof segnete das Denkmal.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kommt es immer wieder zu Diskussionen über das faschistische Relikt. Von der Entfernung der Inschrift über die Ent-

schärfung des Baus mittels musealer Nutzung, die Entfernung der Beile und Liktorrennbündel bis hin zum Einrichten einer Bar oder eines Kinderspielplatzes gab es schon unzählige Wünsche zur Umgestaltung oder Umwidmung. Angebracht wurden „Mahntafeln“, allerdings in gebührender Entfernung vom Objekt selbst.

Die Sanierung des „Faschistentempels“ war schon vor fünf Jahren Thema. Schon damals hatte der stellvertretende italienische Ministerpräsident Gianfranco Fini vor Bozener AN-Getreuen dergleichen angekündigt. Der auch finanzielle Einsatz für das monströse Relikt aus düsterer Zeit, das deutschen und ladinischen Südtirolern als „Symbol der Unterjochung, Entrechtung und Entnationalisierung“ gilt, lässt sich stets vorzüglich politisch instrumentalisieren. Wobei auf beiden Seiten der künstlich aufgerichteten „ethnischen Front“ jeweils die Rechtsparteien davon profitieren. Bei den Italienern Südtirols, weil sich die Anhängerschaft der eigentlich zersplitterten Rechten stets unter dem Monstrum künstlich vereint findet. Bei der deutschen und ladinischen Mehrheitsbevölkerung, weil die Oppositionsparteien der seit 1945 allmächtigen SVP trotz all ihrer Verdienste im Kampf um Erringung, Sicherung und Ausbau von territorialer Selbstverwaltung und kultureller Autonomie unter anderem im Jahrzehnte währenden Streit um das Siegesdenkmal deren „Arrangement mit dem römischen Usurpator“ bloßlegen kann.

Pröll: Verhandlungsausgang offen

Montag Gespräche mit SPÖ / Allparteienregierung?

R.O. WIEN, 15. Oktober. In Österreich bereiten SPÖ und ÖVP ihre Koalitionsverhandlungen vor. Der designierte Parteivorsitzende Pröll erhielt vom ÖVP-Bundesvorstand das Mandat, mit den Sozialdemokraten zu verhandeln. Der SPÖ-Vorsitzende Faymann will sich an diesem Donnerstag seine aus voraussichtlich neun Mitgliedern bestehende Verhandlungsdelegation von den Führungsgremien seiner Partei bestätigen lassen. Dabei setzt er dem Vernehmen nach weitgehend auf die bisherigen SPÖ-Minister sowie auf den burgenländischen Landeshauptmann Niessl und den Chef der SPÖ-Gewerkschafter, Haberzettel.

Die ÖVP geht mit Pröll, Finanzminister Molterer, Außenministerin Plassnik, Innenministerin Fekter, Beamtengewerkschafter Neugebauer, Staatssekretärin Marek, Wirtschaftsminister Hahn und dem Voralberger Landeshauptmann Sausgruber in die Verhandlungen. Diese beginnen am Montag und dürften sogleich in Sachen Europapolitik zu Reibereien führen, da Pröll und Frau Plassnik deutlich machen, dass sie nicht zu Kompromissen bereit seien. Faymann aber besteht darauf, Volksabstimmungen im Falle substantieller EU-Vertragsänderungen vorzuschreiben. Über dieses Thema war die Koalition im Sommer zerbrochen.

Vier der 27 ÖVP-Vorstandsmitglieder stimmten gegen die Verhandlungen, darunter zwei Landesvorsitzende. Pröll war daher bemüht, eine vorzeitige Festlegung auf die SPÖ zu vermeiden. Der Ausgang der Verhandlungen sei offen. Es gebe auch andere Optionen als die einer von der SPÖ geführten großen Koalition. Man werde Gespräche „ohne parteipolitische Präferenz“ führen. Pröll hatte zuvor den Vorschlag des Grazer Bürgermeisters Nagl (ÖVP), wegen der Finanzmarktcrise eine Allparteienregierung („Konzentrationsregierung“) zu bilden, als „Option“ bezeichnet. Gesprochen werden könnte darüber schon in der nächsten Runde der „Österreich-Gespräche“ zwischen den Chefs der fünf Parlamentsparteien. Dabei steht ein Kassensturz auf dem Programm.

Haider war betrunken

WIEN, 15. Oktober (Reuters). Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider war betrunken, als er in der Nacht auf vorigen Samstag verunglückte. Haider habe nach Erkenntnissen der Gerichtsmedizin zum Unfallzeitpunkt 1,8 Promille Alkohol im Blut gehabt, sagte der neue Chef von Haiders Partei BZO, Stefan Petzner. Erlaubt sind in Österreich 0,5 Promille. Haider war auf einer Landstraße nach einem Überholmanöver bei stark überhöhter Geschwindigkeit verunglückt.

COMMERZBANK 



Mittelstandsbank

Die Konkurrenz beschäftigt sich mit uns.
Wir beschäftigen uns mit unseren Kunden.

Volle Konzentration der Commerzbank auf den Mittelstand

Nach der Vereinbarung mit der Allianz zur Übernahme der Dresdner Bank wird sich manches ändern: Die Commerzbank bietet Ihnen künftig mit rund 1.200 Filialen eines der dichtesten Netze aller deutschen Privatbanken. Und gerade für den exportstarken deutschen Mittelstand wird die neue Commerzbank ein langfristiger und noch stärkerer Partner.

Eines aber wird sich nicht ändern: unsere kundenorientierte Ausrichtung. Geschäftspartnerschaft und Kundenverständnis stehen im Mittelpunkt. Das uneingeschränkte Bekenntnis zum Mittelstand ist oberste Maxime. Die mehrfach ausgezeichnete Mittelstandsbank bleibt sich und Ihnen treu. Jetzt erst recht. www.commerzbank.de/firmenkunden

Spionage-Affäre um Trotzlisten

Festnahme eines Elektroschockpistolen-Händlers

mic. PARIS, 15. Oktober. Nach den Wanzen am Dienstwagen des Gewerkschaftschefs Bernard Thibault steht wieder eine Persönlichkeit der französischen Linken im Zentrum einer mysteriösen Spionageaffäre. Dieses Mal trifft es Olivier Besancenot, den Trotzlistenführer, der in Fernsehshows die Einschaltquoten von Star Gästen wie Carla Bruni oder Ségolène Royal übertrifft. Der 34 Jahre alte Briefträger von der Revolutionären Kommunistischen Liga (LCR) droht die Parteienlandschaft auf der Linken durcheinanderzuwirbeln, wenn er wie angekündigt in den nächsten Monaten eine neue „Linkspartei“ nach deutschem Vorbild begründet.

Vor kurzem erstattete Besancenot Anzeige wegen Verletzung der Privatsphäre. Jetzt nahmen die Ermittler in Paris zehn Verdächtige fest, die zwischen Oktober 2007 und Januar 2008 Besancenot und seine Familie beschattet und abgehört haben sollen. Noch ist unklar, ob es sich um politische Überwachung oder um einen privaten Racheakt handelte. Zu den Festgenommenen zählt der Unternehmenschef der Firma SMP Technologies, Antoine Di Zazzo, dessen Unternehmen über einen Exklusivvertrag mit dem französischen Innenministerium verfügt. Di Zazzo versorgt die französische Polizei mit Elektroschockpistolen (Taser), mit denen



Olivier Besancenot

Langzeitwirkungen gewarnt. Nach Informationen der Wochenzeitung „Le Canard Enchaîné“ hat diese Kritik den Unternehmenschef Di Zazzo dazu veranlasst, Besancenots Privatleben von Detektiven ausspionieren zu lassen.

Die Ermittler sind bei Di Zazzo auf Rechnungsbelege gestoßen. Doch auch staatliche Kriminalbeamte haben sich vermutlich an der Spionageaktion beteiligt und ihr Gehalt aufgebessert mit Informationen, die sie an die Privatdetektivbüros weiterleiteten. Einer der Gelegenheitspioniere soll laut „Canard“ statt der Eingangshalle (französisch: „porche“) einen in der Nähe des Miethauses von Besancenot geparkten Porsche (was auf Französisch genauso ausgesprochen wird) tagelang überhaken haben. Bis er seinen Auftraggeber enttäuscht meldete: Besancenot fährt einen Peugeot 106.

viele rechte Bürgermeister die Kommunalpolizei ausgerüstet haben. Besancenot hatte sich vielfach gegen die Verwendung der Elektroschockpistolen ausgesprochen und vor Missbrauch und gesundheitsschädlichen

Streit über Etat des Elysée-Palasts

mic. PARIS, 15. Oktober. Der französische Staatspräsident Sarkozy plant für das nächste Jahr eine Haushaltserhöhung für den Elysée-Palast von 11,5 Prozent. Einen entsprechenden Entwurf soll das Parlament nun genehmigen. Allen öffentlichen Verwaltungen und zuletzt sogar der Gendarmerie hat Sarkozy hingegen Ausgabenbeschränkungen auferlegt. Das für das laufende Jahr bereits auf mehr als 100 Millionen Euro erhöhte Budget für den Elysée-Palast ist schon überschritten. Der Fehlbetrag beträgt inzwischen zehn Millionen Euro. Im Elysée-Palast werden die fehlenden zehn Millionen auf „Bilanzierungsfehler“ zurückgeführt.

Der sozialistische Abgeordnete René Dosière kritisierte die stark gestiegenen Kosten an der Staatsspitze. „Dass Nicolas Sarkozy viel reist, ist legitim. Aber vielleicht kann er mit weniger Flugzeugen, weniger Gästen und weniger Empfängen auskommen“, sagte Dosière. „Außerdem erklären die Reisen nicht alles. Die 98 Mitarbeiter des Präsidenten haben Gehaltserhöhungen von 20 Prozent bekommen, nach einer Erhöhung von 26,8 Prozent im vergangenen Jahr.“ Staatspräsident Sarkozy hatte beschlossen, sich ein neues Präsidentenflugzeug zu kaufen, einen Airbus 330, der 2010 in Dienst genommen werden soll. Über die Kosten schweigt der Präsidentenpalast.